Gemeinsames Thesenpapier

Feuerwehren in Zeiten knapper Kommunalfinanzen

Wie die Feuerwehren zur kommunalen Finanzkonsolidierung beitragen können – ohne Abstriche beim Schutzniveau, bei der Sicherheit der Einsatzkräfte und bei der Qualität der Arbeit im Einsatz

Die Haushaltslage vieler Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen ist angespannt. Auch die Feuerwehren stehen in der Verantwortung, zur Konsolidierung beizutragen. Der Städte- und Gemeindebund NRW, der Städtetag NRW, der Verband der Feuerwehren in NRW, die Arbeitsgemeinschaft der Leiterinnen und Leiter der Berufsfeuerwehren NRW (AGBF NRW) und die Arbeitsgemeinschaft der Leiterinnen und Leiter hauptamtlicher Feuerwachen in NRW (AGHF NRW) sind sich einig: Der größte Hebel liegt nicht in einer reduzierten Leistung, sondern in einfacheren Verfahren, gebündelter Beschaffung und engerer Zusammenarbeit.

Ausgangslage: Die Kommunalfinanzen sind in einer Abwärtsspirale

Der kommunale Finanzierungssaldo der Kernhaushalte in Nordrhein-Westfalen lag 2025 bei −9,31 Mrd. Euro – dem höchsten Wert aller Bundesländer. Diese Größenordnung wird auch in den nächsten Jahren bleiben. Nach der Haushaltsumfrage 2026 von Städtetag NRW und Städte- und Gemeindebund NRW erwarten 334 von 396 Städten und Gemeinden für die kommenden fünf Jahre eine mangelhafte Finanzsituation.

Schaubild 1: Kommunalfinanzen in NRW – zentrale Kennzahlen

-9,31 Mrd. €	**7 von 396**	**89**	**27,6 Mrd. €**
Finanzierungssaldo der Kommunen in NRW 2025 – höchster Wert aller Länder	Städte und Gemeinden mit strukturell ausgeglichenem Haushalt 2026	Kommunen in der Haushaltssicherungspflicht 2026 (2025: 53)	Liquiditätskredite der Kommunen in NRW 2025 (2023: 20,9 Mrd. €)

Quellen: Haushaltsumfrage 2026 von Städtetag NRW und Städte- und Gemeindebund NRW und zugehörige Präsentation; Kreditdaten: IT.NRW

Unsere Leitplanken – hier wird nicht gespart

Schutzniveau
Der Schutz der Bürgerinnen und Bürger bleibt auf dem heutigen Niveau.

Sicherheit der Einsatzkräfte
Schutzausrüstung, Ausbildung, Gesundheits- und Versicherungsschutz sind nicht verhandelbar.

Qualität der Einsatztätigkeit
Einsparungen entstehen durch bessere Verfahren, nicht durch weniger Leistung.

Wichtig – so sind die Vorschläge zu verstehen: Die Vorschläge in den Handlungsfeldern B und C sind **Prüfansätze, keine Vorgaben**. Die Praxisbeispiele zeigen, was unter den jeweiligen örtlichen Voraussetzungen gelungen ist. Sie sind kein Maßstab, an dem andere Feuerwehren gemessen werden sollten. Ob ein Ansatz passt, hängt von Größe und Struktur der Feuerwehr, vom Einsatzgeschehen, vom Personal, von der Gebäude- und Fahrzeugsituation und von den Beschlüssen vor Ort ab. Wird eine Maßnahme in einer Feuerwehr nicht umgesetzt, ist das deshalb **kein Versäumnis**: Oft gibt es gute Gründe für einen anderen Weg, oder vergleichbare Lösungen bestehen bereits in anderer Form. Über Organisation und Ausstattung entscheidet die Gemeinde als Trägerin des Brandschutzes; die Leitungen der Feuerwehren bringen dabei ihre Fachkunde ein. Ebenso beteiligen sie sich konstruktiv an landesweiten Anpassungsinitiativen, wie beispielsweise dem Strukturentwicklungsprozess im Rettungsdienst.

Schaubild 2: Zwei Ebenen – Vorhaben des Landes und Prüfansätze vor Ort

Handlungsfeld A · Landesebene
Konkrete Vorhaben von Land und Verbänden
Anschluss für Gemeinden freiwillig

Handlungsfelder B und C · vor Ort
Prüfen: Passt es vor Ort? → Entscheiden: durch die Gemeinde → Ergebnis: umsetzen, anpassen oder anderer Weg

Handlungsfeld A · Bündelung auf Landesebene *Vorhaben von Land und Verbänden*

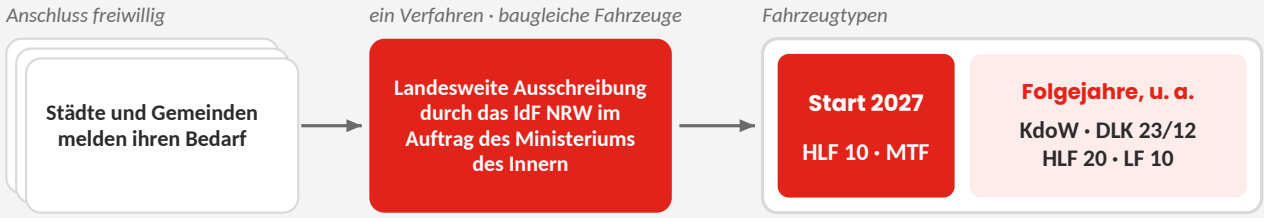
1 Musterfeuerwehrhäuser – Planungen des Landes nutzen

Wir unterstützen die Planungen des Ministeriums des Innern, gute und praxisnahe Musterplanungen für Feuerwehrhäuser mit bis zu fünf Einstellplätzen zu erstellen und den Gemeinden zur Verfügung zu stellen. So entfallen aufwendige Einzelplanungen, und es lassen sich erhebliche Kosten einsparen. Zugleich verkürzen sich die Realisierungszeiträume, sodass teure Übergangsreparaturen an Altgebäuden vermieden werden.

2 Einsatzfahrzeuge landesweit ausschreiben

Auf Initiative unserer Verbände führt das Institut der Feuerwehr NRW im Auftrag des Ministeriums des Innern ab 2027 landesweite Ausschreibungen von Einsatzfahrzeugen durch, denen sich die Städte und Gemeinden anschließen können. Der größte Gewinn liegt im eingesparten Verfahren: Wer sich anschließt, muss kein eigenes, aufwendiges Vergabeverfahren vorbereiten und durchführen. Leistungsbeschreibung und Vergabe liegen in einer fachkundigen Hand; das schafft Rechtssicherheit für die Städte und Gemeinden und entlastet ihre Verwaltungen. Daneben können baugleiche Fahrzeuge auch die Kaufpreise senken. Gestartet wird 2027 mit den Fahrzeugtypen HLF 10 und MTF; in den Folgejahren sollen weitere hinzukommen, u. a. KdoW, DLK 23/12, HLF 20 und LF 10. Wir begleiten und fördern diesen Prozess eng.

Schaubild 3: Bündeln statt einzeln ausschreiben



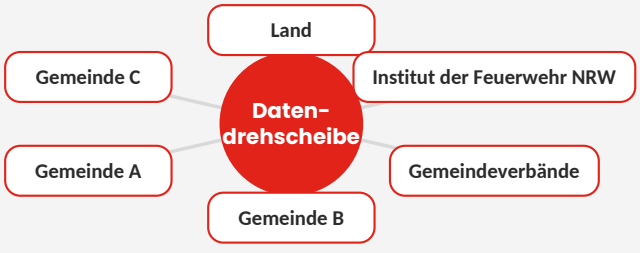
3 Dienst- und Schutzkleidung über einen landesweiten Online-Katalog beschaffen

Mit Unterstützung der Servicegesellschaften unserer Verbände soll für Dienst- und Schutzkleidung der Feuerwehrangehörigen sowie für Verbrauchsmaterial ein landesweiter, moderner und einfacher Online-Katalogeinkauf ermöglicht werden. Zentrale Ausschreibungen führen über größere Bestellmengen zu niedrigeren Preisen und verringern den Verfahrensaufwand der kommunalen Verwaltungen deutlich. Die Anforderungen an die Schutzwirkung bleiben dabei unverändert. Die Konzepte sollen unter Beteiligung des Fachausschusses Technik des Verbandes der Feuerwehren in NRW erarbeitet werden.

4 Landesweit einheitlich digitalisieren

Wir werden uns dafür einsetzen, ein landesweites Projekt „Datendrehscheibe“ zu realisieren. Es soll den Austausch von Daten zwischen allen Verwaltungsebenen von der Gemeinde bis zum Land einschließlich des Instituts der Feuerwehr NRW und auch zwischen den Gemeinden untereinander sowie mit Gemeindeverbänden ermöglichen. So lassen sich Kommunikation, Lehrgangsanmeldungen und weitere Verfahren erheblich vereinfachen, und die jährliche manuelle Eingabe von Statistikdaten entfällt. Das spart auf kommunaler Ebene erhebliche Aufwände ein.

Schaubild 4: Projekt „Datendrehscheibe“ – Datenaustausch über alle Ebenen



Einfachere Kommunikation
zwischen allen Verwaltungsebenen und Gemeinden

Einfachere Lehrgangsanmeldung
und weitere vereinfachte Verfahren

Keine manuelle Statistik-Eingabe
die jährliche Eingabe entfällt

→ erhebliche Aufwandsersparnis für die Kommunen

Handlungsfeld B · Planung und Steuerung vor Ort *Prüfansätze – Entscheidung vor Ort*

5 Differenzierte Planungsziele in der Brandschutzbedarfsplanung nutzen

Ein starres Festhalten am Planungsziel „10 Einsatzkräfte in 8 Minuten“ kann in manchen Fällen zu einer Überdimensionierung des Schutzniveaus führen. Nutzt eine Gemeinde in ihrer Brandschutzbedarfsplanung konsequent differenzierte Planungsziele, lässt sich eine kostenträchtige Überdimensionierung vermeiden, ohne das Schutzniveau zu reduzieren. Wird der Brandschutzbedarfsplan zudem mit der mittelfristigen Finanzplanung verknüpft, lassen sich Investitionen besser priorisieren.

6 Aus- und Fortbildung effizient organisieren

Aus- und Fortbildung lassen sich je nach Struktur unterschiedlich organisieren. Ein Beispiel aus einer Berufsfeuerwehr: In Bochum fanden die Fortbildungen in Brandschutz und Hilfeleistung für die Feuerwehrbeamtinnen und -beamten bisher gesondert und mit Freistellung statt. Nunmehr werden sie in den Wachalltag integriert – in Dienstzeiten, in denen gerade keine Einsätze laufen. So werden zwei ganze Planstellen eingespart. Ob ein solches Modell übertragbar ist, hängt unter anderem vom Einsatzaufkommen, von der Wachstruktur und vom Fortbildungsbedarf ab; die gesonderte Fortbildung bleibt dort, wo sie sich bewährt hat, fachlich gut begründet. Auch gemeinsame Ausbildung bündelt Kräfte: An der Kreisfeuerwehrschule Mettmann, die seit 2021 in Betrieb ist, findet die Brandmeisterausbildung (B1) für die Städte im Kreis mit hauptamtlichen Kräften zentral statt – ein Vorbild für viele. Im Kreis Recklinghausen bilden mehrere Städte ihre Brandmeisteranwärterinnen und -anwärter seit Jahren in interkommunalen Lehrgängen aus. Essen und Bochum prüfen, ihre Aus- und Fortbildung in einer gemeinsamen Feuerwehr-, Rettungsdienst- und Katastrophenschutzakademie zu bündeln.

Schaubild 5: Aus- und Fortbildung effizient organisieren – drei Wege

Im Wachalltag	Zentral im Kreis	Gemeinsame Akademie
Feuerwehr Bochum	**Kreisfeuerwehrschule Mettmann**	**Essen und Bochum (Prüfung)**
Fortbildung im Dienst, wenn gerade keine Einsätze laufen – zwei Planstellen eingespart	Brandmeisterausbildung (B1) für die Städte im Kreis mit hauptamtlichen Kräften, seit 2021	Aus- und Fortbildung von Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz bündeln

Ob ein Weg passt, hängt u. a. von Einsatzaufkommen, Struktur und Fortbildungsbedarf ab.

7 Wirtschaftlichkeit über den gesamten Lebenszyklus betrachten

Bei Fahrzeugen und Liegenschaften sollte nicht allein der Anschaffungs- oder Baupreis entscheiden, sondern die Gesamtkosten über die gesamte Nutzungszeit („Total Cost of Ownership“): neben der Anschaffung auch Unterhaltung, Wartung, Instandsetzung, Energieverbrauch und Ersatzteilhaltung. Fahrzeugkonzepte, Nutzungsdauern und Liegenschaften können so auf ihre Wirtschaftlichkeit geprüft werden – maßgeblich ist die Wirtschaftlichkeit, unabhängig von der Abschreibungsdauer. Leitfragen sind etwa: Ist es wirtschaftlicher, ein Einsatzfahrzeug länger zu nutzen oder früher zu ersetzen? Ist es wirtschaftlicher, ein Feuerwehrhaus zu sanieren oder neu zu bauen? Einheitliche Fahrzeuge und Gebäude erleichtern zudem Wartung, Ersatzteilhaltung und Ausbildung.

8 Kostenersatz konsequent nutzen

Soweit das BHKG für Einsätze einen Kostenersatz vorsieht, sollten die Kommunen ihn auf Grundlage aktueller Satzungen und belastbarer Kalkulationen auch geltend machen. Mit dem novellierten BHKG werden ab 2027 zudem neue Kostenersatz-Tatbestände ermöglicht, welche die Gemeinden in ihren entsprechenden Satzungen umsetzen sollten.

Handlungsfeld C · Ehrenamt und Zusammenarbeit *Prüfansätze – Entscheidung vor Ort*

9 Das Ehrenamt entlasten und erhalten

Die Freiwilligen Feuerwehren sind das Rückgrat des Brandschutzes in Nordrhein-Westfalen. Jede Vereinfachung von Beschaffung und Verwaltung entlastet auch die ehrenamtlichen Führungskräfte. Einsparungen und zu lange Verfahrensdauern dürfen nie dazu führen, dass Ehrenamtliche ihr Engagement aufgeben. So müssen etwa Dienstkleidung und Plätze in der Grundausbildung zeitnah bereitgestellt werden, damit die Motivation zur Mitwirkung im Ehrenamt nicht an einer verzögerten Einbindung in die Feuerwehrarbeit scheitert.

10 Tagesverfügbarkeit im Ehrenamt stärken

Eine gute Tagesverfügbarkeit der ehrenamtlichen Kräfte sichert die Einsatzfähigkeit der Feuerwehr an Werktagen; Haupt- und Ehrenamt ergänzen sich dabei. Die Gemeinde kann hier mit gutem Beispiel vorangehen, statt die Freistellung einseitig von privaten Arbeitgebern zu verlangen: Homeoffice-Arbeitsplätze für den Zivilberuf lassen sich im Feuerwehrhaus integrieren; Beschäftigte von Rathaus und Bauhof können die Feuerwehr-Grundausbildung während der Arbeitszeit absolvieren und werden während ihrer beruflichen Arbeitszeit für Einsätze freigestellt.

Bei Stellenausschreibungen der Gemeinde kann die ehrenamtliche Zugehörigkeit zur Feuerwehr von Vorteil sein; ehrenamtliche Feuerwehrangehörige, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis eigener Art zur Gemeinde stehen, dürfen sich auch auf interne Stellenausschreibungen bewerben. So steigt nach und nach der Anteil derer, die als Bedienstete der Gemeinde tagsüber zu Einsätzen ausrücken können – das stärkt die werktägliche Einsatzfähigkeit der Feuerwehr.

Intelligente, einsatzbezogene Ampelschaltungen können das Ausrücken der ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen deutlich beschleunigen. Bei größeren Arbeitgebern, die mehrere Feuerwehrangehörige beschäftigen, kann im Einvernehmen mit dem Arbeitgeber ein Einsatzfahrzeug stationiert werden, das von dort direkt – ohne Umweg über das Feuerwehrhaus – zu Einsätzen ausrückt. Auch die Nachbarn können helfen: Seit vielen Jahren unterstützen sich die Feuerwehren Hattingen und Sprockhövel in den benachbarten Außenbereichen Hattingen-Elfringhausen und Sprockhövel-Gennebreck durch eine alarmstichwortabhängige beidseitige Alarmierung schon im ersten Abmarsch – gerade zu Tageszeiten mit schwacher Tagesverfügbarkeit.

Schaubild 6: Tagesverfügbarkeit im Ehrenamt stärken – Bausteine

rot: Gemeinde als Arbeitgeber mit gutem Beispiel

- **Homeoffice im Feuerwehrhaus** – Arbeitsplätze für den Zivilberuf
- **Grundausbildung in der Arbeitszeit** – für Beschäftigte von Rathaus und Bauhof
- **Freistellung für Einsätze** – für städtische Beschäftigte
- **Ehrenamt bei Stellenbesetzung** – Vorteil, auch bei internen Ausschreibungen
- **Einsatzbezogene Ampelschaltung** – schneller zum Feuerwehrhaus
- **Fahrzeug bei großem Arbeitgeber** – direkt ausrücken – im Einvernehmen
- **Alarmierung über Gemeindegrenzen** – z. B. Hattingen und Sprockhövel

11 Interkommunale Zusammenarbeit ausbauen

Durch interkommunale Zusammenarbeit können Städte und Gemeinden Verfahren und Kosten bei der Unterhaltung ihrer Feuerwehren optimieren. Wir werden hierzu verstärkt Angebote machen und Best-Practice-Beispiele bekannt machen. Ein Beispiel ist die Kooperation TEO der Feuerwehren Telgte, Everswinkel und Ostbevern im Kreis Warendorf: Dort wird Sondertechnik gemeinsam genutzt; zudem gibt es einen gemeinsamen IT-Mitarbeiter für alle drei Feuerwehren ebenso wie eine gemeinsame Kleiderkammer. Ein aktuelles Beispiel: Die Räte der Städte Castrop-Rauxel, Datteln und Waltrop haben im Herbst 2026 einstimmig einer gemeinsamen Absichtserklärung zugestimmt. Die Leitungen der drei Feuerwehren sollen die Zusammenarbeit unter anderem bei Sonderfahrzeugen und Spezialtechnik, bei Aus- und Fortbildung und Übungen, bei den Alarm- und Ausrückeordnungen sowie bei Beschaffung und Wartung ausbauen. Ziel ist neben der Kostenersparnis eine einheitlichere Technik, etwa für gemeinsame Wartung und gleiche Ersatzteile; die Eigenständigkeit der Feuerwehren bleibt unberührt. Castrop-Rauxel und Waltrop haben zudem ihre öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Unterstützung im Grenzgebiet mit einer Neufassung 2026 zu einer gegenseitigen Unterstützung in stadtgrenznahen Randgebieten weiterentwickelt, bei der Einsatzmittel beider Feuerwehren parallel alarmiert werden.

Schaubild 7: Interkommunale Zusammenarbeit – zwei Beispiele

TEO · Kreis Warendorf

Telgte – Everswinkel – Ostbevern

- Sondertechnik gemeinsam nutzen
- Ein gemeinsamer IT-Mitarbeiter
- Gemeinsame Kleiderkammer

Kreis Recklinghausen · Absichtserklärung 2026

Castrop-Rauxel – Datteln – Waltrop

- Sondertechnik gemeinsam nutzen
- Gemeinsam ausbilden und üben
- Ausrückeordnungen abstimmen
- Beschaffung und Wartung

12 Technische Dienste und Beschaffung gemeinsam organisieren

Auch Werkstätten, Prüfungen und Beschaffungen lassen sich gemeinsam organisieren. Der Rhein-Sieg-Kreis unterhält im Kreisfeuerwehrhaus eine Atemschutzgerätewerkstatt und eine Schlauchpflegerei für die Feuerwehren der Städte und Gemeinden des Kreises. Der Kreis Paderborn hat 2026 gemeinsam mit der Stadt Paderborn eine Rahmenvereinbarung über Atemschutztechnik für die Feuerwehren im Kreis ausgeschrieben. Wie groß der Mengeneffekt sein kann, zeigt ein Beispiel aus Hessen: Im Wetteraukreis haben 24 Städte und Gemeinden und der Kreis gemeinsam Systemtrenner beschafft und dabei rund 30 Prozent gegenüber einem Einzeleinkauf eingespart.

Schaubild 8: Technische Dienste und Beschaffung gemeinsam organisieren – Beispiele

Rhein-Sieg-Kreis	Kreis und Stadt Paderborn	Wetteraukreis (Hessen)
Gemeinsame Werkstatt	**Gemeinsamer Rahmenvertrag**	**Gemeinsamer Einkauf**
Atemschutzwerkstatt und Schlauchpflegerei im Kreisfeuerwehrhaus für die Feuerwehren im Kreis	Rahmenvereinbarung über Atemschutztechnik für die Feuerwehren im Kreis, ausgeschrieben 2026	24 Städte und Gemeinden und der Kreis: Systemtrenner gemeinsam beschafft – rund 30 % günstiger als im Einzeleinkauf

13 Atemschutz und Schläuche gemeinsam organisieren

Städte und Gemeinden können sich – kreisweit oder untereinander, mit oder ohne Kreis – auf ein einheitliches Atemschutzsystem einigen und sich so eine gemeinsame, leistungsfähige Atemschutzwerkstatt teilen. Ähnlich bei den Schläuchen: Hält nur noch eine Stelle – der Kreis oder eine beteiligte Kommune – B-, C- und D-Schläuche vor, werden gebrauchte Schläuche dort eins zu eins gegen einsatzbereite getauscht. Das aufwendige Rückholen des eigenen Schlauchs entfällt. Beispielsweise im Ennepe-Ruhr-Kreis und im Kreis Herford funktioniert dieses Modell seit Jahrzehnten problemlos.

Schaubild 9: Schlauchtausch statt Rücktransport – Beispiele Ennepe-Ruhr-Kreis und Kreis Herford

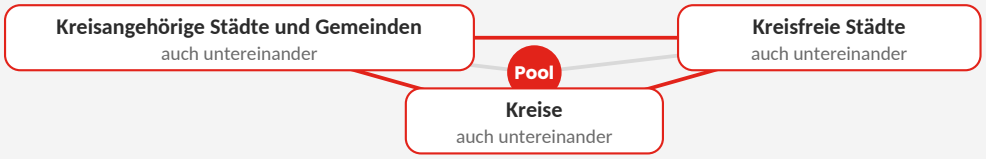
Bisher	Eigener Schlauch zur Reinigung →	Reinigung und Prüfung zentral →	Abholung desselben Schlauchs	derselbe Schlauch muss zurück
Tauschmodell	Gebrauchten Schlauch abgeben →	Einsatzbereiten Schlauch mitnehmen →	Schläuche zentral vorgehalten	**Tausch 1 : 1 – kein Rückholen**

Gleiches Prinzip beim Atemschutz: ein einheitliches System ermöglicht eine gemeinsame, leistungsfähige Werkstatt.

14 Interkommunalen Einsatzfahrzeug-Reservepool bilden

Ein weiteres Beispiel interkommunaler Zusammenarbeit ist ein Reservepool für Einsatzfahrzeuge. Dabei sind praktisch alle Kombinationen möglich: Städte und Gemeinden untereinander, gemeinsam mit Kreisen oder ohne, unabhängig davon, ob kreisangehörig oder kreisfrei, aber auch Kreise untereinander. Große Feuerwehren benötigen dabei einen eigenen Reservepool; die interkommunale Zusammenarbeit muss die unterschiedliche Leistungsfähigkeit der Feuerwehren berücksichtigen.

Schaubild 10: Interkommunaler Einsatzfahrzeug-Reservepool – alle Kombinationen möglich



Alle Kombinationen sind möglich – mit oder ohne Kreis, kreisangehörig oder kreisfrei.

Fazit

Die Feuerwehren leisten gemeinsam mit den Städten, Gemeinden und Kreisen ihren Beitrag zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte: durch Digitalisierung, gebündelte Beschaffung, standardisierte Planung, schlankere Verfahren und mehr Zusammenarbeit über Gemeindegrenzen hinweg. Die beteiligten Verbände und Arbeitsgemeinschaften werden diese Vorhaben gemeinsam mit dem Ministerium des Innern vorantreiben und die Städte und Gemeinden bei der Umsetzung unterstützen. Welche Ansätze vor Ort passen, entscheidet jede Gemeinde selbst. Das Schutzniveau für die Bürgerinnen und Bürger, die Sicherheit der Einsatzkräfte und die Qualität der Einsatztätigkeit bleiben dabei unangetastet.